Linke Politik
im Kreistag Oder-Spree

1/2023
20. März 2023

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Editorial

In dieser Ausgabe unserer Informationen berichten wir über die Zeit zwischen den Kreistagen im Dezember 2022 und im März 2023 sowie unsere Initiativen zum Kreistag am 1. März 2023.

In den vorangegangenen Jahren war Hans Modrow mehrfach Gast unserer Fraktionsklausuren und half uns dabei, unser kommunalpolitisches Wirken in größere Zusammenhänge einzuordnen und die richtigen Schwerpunkte für unsere Arbeit zu finden. Hans konnte am 27. Januar noch seinen 95. Geburtstag begehen und ist wenige Tage danach verstorben. In seinem Sinne enthält diese Ausgabe unserer Informationen statt eines Nachrufs Auszüge aus seinem politischen Testament – seinem Brief an die Vorsitzenden der LINKEN vom Januar 2022.

Zwischen den Kreistagen fand am Brandenburger Tor die größte Friedensdemonstration der letzten Jahrzehnte statt. Wir haben daran teilgenommen. Und – obwohl die meisten Medien ziemlich gehässig dagegen trommelten – mit uns waren mehrere zehntausend Menschen da. Sie ließen sich von übler Hetze und Verteufelung nicht schrecken und verliehen der Forderung nach Frieden und Deeskalation Ausdruck. Die Wirkung dieser Demonstration – von ihren Initiatorinnen „Aufstand für den Frieden“ genannt – war derartig, dass die Hetze danach die davor noch übertraf. Hervorstechendes Merkmal war das Bestreben, den Antifaschismus gegen die Friedensbewegung zu instrumentalisieren und so der Kriegspolitik den Rücken frei zu halten. Es ist zutiefst beschämend, wie sich die Spitzen der LINKEN im Bund und im Landesverband Berlin an dieser Kampagne beteiligten.

Mittlerweile haben mehr als eine dreiviertel Million Menschen das „Manifest für Frieden“ unterzeichnet, mit dem zu dem „Aufstand für Frieden“ (Seite 8) gerufen worden war. Wir fügen auch dass noch einmal bei, damit sich Jede und Jeder ein Bild davon machen kann, wie sehr die Hetze dagegen von der Sache ablenken sollte.

Für uns als Fraktion war das freilich keine neue Erfahrung. Ähnliches war uns schon nach unserer Teilnahme an der Friedensdemo am 1. Oktober 2022 widerfahren. (Infoblatt 5/2022)

Auf einige Probleme der prinzipiellen Haltung Linker zum Krieg – und nicht nur zu dem in der Ukraine – werden wir nachfolgend noch einmal eingehen.

Kurz nach dem Dezember-Kreistag traf sich die Fraktion in Eisenhüttenstadt zu ihrer Jahresklausur.

Der Ort wurde gewählt, weil es einen Zusammenhang zwischen den aktuellen Migrationsproblemen und der im Museum Utopie und Alltag – Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR (Erich-Weinert-Allee 3, 15890 Eisenhüttenstadt) noch bis zum 30. April 2023 laufenden

Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt

Ausstellung „Grenzen der Freundschaft – Tourismus zwischen der DDR, CSSR und Polen“ gibt. Dazu mehr in der Rubrik „Zwischen den Kreistagen“. Da geht es auch um Probleme der Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Oder-Spree, auf die der Landrat nach meiner Nachfrage im Kreisausschuss am 1. März im Kreistag ausführlich einging.

Der zweite Teil unserer Klausur fand in den Räumen der Volkssolidarität Eisenhüttenstadt statt. Dort wurde Tamara Bunke. „Tanja la Guerella“ in einer Ausstellung aus Anlass ihres 80. Geburtstages gewürdigt. Sie hatte einen Teil ihrer Schulzeit in Eisenhüttenstadt verbracht und die Fraktion unterstützt das Vorhaben, an ihrem Wohnhaus daran zu erinnern.

Darüber hinaus ging es in der Klausur um die Auswertung des zweiten Halbjahres 2022 und die Vorbereitung unserer Initiativen für das 1. Halbjahr 2023, insbesondere für den Kreistag am 1. März.

Über unsere Jahresbilanz 2022 haben wir zwischenzeitlich in einer Anzeige im *Märkischen Sonntag* informiert.

Rathaus Eisenhüttenstadt, Mosaik „Unser neues Leben“, Walter Womacka, Fertigstellung 1956–1958, Fotos: Artur Pech

Bemerkenswert auch die vom Museum Utopie und Alltag ausgerichtete Ausstellung „Umwelt gestalten! Baubezogene Kunst der DDR im Land Brandenburg. Diese Ausstellung ist seit dem 25. Januar im Landtag Brandenburg in Potsdam zu besichtigen und wir haben an ihrer Eröffnung teilgenommen. Sie zeugt davon, dass die Phase des wütenden Abrisses und der „Entsorgung“ von Kunst aus der DDR über 30 Jahre nach ihrem Ende zumindest teilweise einem sachlichen Umgang mit diesem Teil unserer Geschichte gewichen ist. Im Landtag ist auch ein Bild des Eingangs zum Sitzungssaal im Eisenhüttenstädter Rathaus zu sehen. Zur Vermeidung von Urheberrechtsfragen illustriere ich das mit einem Bild (siehe Seite 1), das ich bei der Vorbereitung einer Veranstaltung der Fraktion zum 50. Jahrestag des Abkommens über die Oder-Neiße-Grenze davon aufgenommen habe.

Zusammengefasst gab es vom Kreistag im Dezember 2022 bis zum Kreistag am 1. März 2023 folgende Initiativen unserer Fraktion:

- Anfragen zu:
  - Kita-Betreuung im Landkreis;
  - Umsetzung des Klimaschutzkonzepts des Landkreises Oder-Spree;
  - Betreuung von Minderjährigen durch das Jugendamt.
- Vorgelegt hat die Kreisverwaltung den auf Antrag unserer Fraktion beschlossenen Bericht über die Situation der Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises.
- Anträge und Änderungsanträge wurden eingebracht zu:
  - Forderung eines Lehramtsstudiums an der Viadrina;
  - Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis;
  - Die Realisierung der beschlossenen Nutzung der Photovoltaik bei der Sanierung und Erweiterung der Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde.
- Beteiligt hat sich die Fraktion an einem gemeinsamen Antrag mit anderen Fraktionen für die Planung und den Bau eines Radweges von Diehlo nach Möbiskruge.

Unsere Initiativen für den März-Kreistag hatten also einen erheblichen Umfang. Auf Schwerpunkte wird in den folgenden Berichten eingegangen. Ich wünsche eine aufschlussreiche Lektüre.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

Zwischen den Kreistagen

Aufstand für den Frieden

25. Februar 2023, Berlin, Brandenburger Tor (Straße des 17. Juni/Ebertstraße): Kundgebung „Aufstand für den Frieden“, Foto: Artur Pech

So hatten die Initiatorinnen des „Manifest für Frieden“ – Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer – die Kundgebung genannt, zu der sie für den 25. Februar am Brandenburger Tor aufriefen. Kreisverbände der LINKEN in Ostbrandenburg hatten diese Kundgebung unterstützt und unsere Fraktion war dabei.

Zuvor hatten wir in unserer Klausur am 3. Dezember 2022 in Eisenhüttenstadt den Standpunkt bekräftigt:

Wir vertreten unsere Position zum Frieden und gegen den Krieg konsequent als eine linke Position. Wir lassen uns dabei nicht von denen einschüchtern, die nach Krieg, nach Waffenlieferungen, nach Sieg schreien.

Wir lassen von der Forderung nach Frieden auch nicht ab, weil andere, deren politische Positionen wir nicht teilen, denen wir in den verschiedensten Politikfeldern entschieden widersprechen, aus welchen Motiven auch immer Deeskalation und Verhandlungen fordern.

Wir handeln in der Friedensfrage selbstbestimmt und nicht fremdbestimmt und folgen nicht der eigenartigen Logik: Wenn die dagegen sind, müssen wir dafür sein.

Und wir stehen gerade in der Friedensfrage in einer linken Tradition, die auf die Friedensbeschlüsse der Ersten und Zweiten Internationale zurückgeht und die schon Karl Liebknecht konsequent verteidigte.

Gerade weil diese Tradition – von vielen vergessen und von manchen vorsätzlich vergessen gemacht wird – dazu ein Wort mehr, denn sie ist nicht verhandelbar:

Schon die Gründungsurkunde der Ersten Internationale von 1864 („Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation“) sprach von der Pflicht der Arbeiterklassen, *„in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.*

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“ (Seite 13)

Und in den folgenden Jahrzehnten wuchs die Erkenntnis, dass *„der Krieg das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat.“* (Paris, 1880)

Impressum
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Redaktionsschluss: 20. März 2023;
Auflage: 1 000 Exemplare;
Druck: SAXOPRINT GmbH, Dresden;

Schließlich bestätigten mehrere Kongresse den Stuttgarter Beschluss von 1907. Danach liegen Kriege *„im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militär-technische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt“.* Und der *„Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter, und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung das Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern“.*

Dafür stand Karl Liebknecht mit seiner Ablehnung der Kriegskredite im Jahre 1914 und kämpfte gegen den Verrat der Spitzen der Sozialdemokratie an diesen Beschlüssen.

Damit die Empörung der Völker zur Überwindung dieses Systems treiben kann, müssen sie sich allerdings der Lage bewusst werden. Und da hat es in den zurückliegenden Jahrzehnten eine gravierende Veränderung gegeben.

Ein größeres Opfer als den Untergang in einem mit Kernwaffen geführten Krieg kann es nicht geben. Diese Einsicht war eine Voraussetzung für die Verträge erst zur Beschränkung und dann zur Reduzierung der entsprechenden Arsenale. Daran hatte auch der Druck der Friedensbewegung seinen Anteil.

Objektiv hat sich die Lage nach dem Untergang der Sowjetunion nicht geändert. Geändert hat sich der Umgang mit dieser Gefahr. Jetzt wird die Frage gestellt, welche Kriege unterhalb dieser Schwelle möglich sind und mit der Existenz gepokert, wenn es zum Beispiel in der *FAZ* heißt, „am Aussichtspunkt in den atomaren Abgrund, ist Putins Krieg allerdings noch lange nicht“. Deshalb sei es *„Zeit, dass Olaf Scholz demnächst vier Worte spricht: ‚Die Ukraine muss siegen‘“.*

Das treibt in eine Situation, die auch das beste Pokerface nicht überleben würde.

Und tatsächlich wird die Situation immer weiter zugespitzt. Bisher waren die unmittelbaren Gefechtshandlungen weitgehend (nicht vollständig) auf das Territorium der Ukraine beschränkt. An der unmittelbaren Kriegsführung wirken aber NATO/USA bereits sehr konkret mit – u.a. durch Feuerleitung in Echtzeit mittels ihrer von außerhalb der Ukraine eingebrachten Zielerkennung, mittels Bereitstellung der technischen Infrastruktur für Feuerleitsysteme.

Dass es gegen diese für die moderne Kriegführung unverzichtbaren Strukturen bisher keine Waffenwirkung Russlands gab, ist wiederum keine militärische, sondern eine politische Entscheidung. Aber auch das scheint sich gerade zu ändern, wie der Absturz einer US-Drohne über dem Schwarzen Meer nach einer Begegnung mit russischen Kampfflugzeugen wohl belegt.

Rabulistik um die Frage der Kriegsbeteiligung ist geeignet, die (westliche) Öffentlichkeit zu benebeln und für die Bewertung des Pokerns mit einem Atomkrieg fehlen schlicht die Worte.

In den Auseinandersetzungen mit den „Vaterlandsverteidigern“ fand Karl Liebknecht zu Erkenntnissen, an die heute zu erinnern ist, wenn zum Krieg in der Ukraine eine linke Position gefunden werden soll.

Auch wenn die Unterstützung des Krieges in der Ukraine mit moralischen Argumenten begründet werden soll, ist an Karl Liebknecht zu erinnern:

„Alle möglichen Lösungen des Kriegsrätsels sind in einem imperialistischen Kriege imperialistisch, Lösungen der militaristischen Vergewaltigung, unter denen es für die Sozialdemokratie keine gibt, für die sie eintreten könnte.“ (8/143)

Im Kampf gegen den Krieg gilt es, den Herrschenden im eigenen Lande die Waffen zu verweigern. Nur wenn das gelingt, sind die zu einer anderen Politik gezwungen. Deshalb haben wir an der Kundgebung teilgenommen.

Flucht, Migration und Unterbringung

In jüngerer Zeit gingen Probleme der Unterbringung von Menschen, die im Lande eine Zuflucht suchen, mit wachsender Intensität durch die Medien.

Der Landkreis – eine Zeitschrift des Deutschen Landkreistag – titelte seinen Bericht über ein Gespräch zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesinnenministerin und Vertretern weiterer Bundesministerien mit „Keine konkreten Zusagen zu drängenden Flüchtlingsfragen“. Der Präsident des Deutschen Landkreistages fasste zusammen:

„Dem Ansinnen nach einer erneuten vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge hat der Bund aber eine Absage erteilt. Das stößt die Landkreise vor den Kopf. Dabei geht es um 2 Milliarden Euro pro Jahr. Bei den Themen Begrenzung der irregulären Migration und Rückführung abgelehnter Asylbewerber müssen den Worten nun Taten folgen, denn den Landkreisen steht vor Ort das Wasser bis zum Hals.“

Diese in den Medien sichtbar werdende Position des Deutschen Landkreistages hatte mich schon im Kreisausschuss am 8. Februar zu der Frage veranlasst, ob das auch die Position des Landkreises Oder-Spree sei.

Das bestätigte der Landrat und ging darauf auch in seinem Geschäftsbericht an den Kreistag ausführlich ein.

Ein Kernproblem ist dabei die Unterbringung. Das Land hat für das Jahr 2023 die Zuweisung von weiteren 1 607 Personen angekündigt. Bisher mussten im Landkreis etwa 2 500 ukrainische Flüchtlinge nicht durch das Amt mit Wohnungen versorgt werden, weil sie privat untergekommen waren. Und zugleich ergeben sich bereits jetzt Konflikte im Umgang zwischen den Aufgenommenen und der Einwohnerschaft. Und der Landrat meinte: *„Ich bin niemand, der die Lösung in einer hemmungslosen Abschiebung sieht. Aber wenn man einzelne Personen, die auch uns das Leben schwermachen, betrachtet, die uns, wie auch die Polizei rund um die Uhr beschäftigen, dann bleibt einfach kein anderer Weg.“*

Das System des Umgangs mit nach Deutschland geflüchteten Menschen ist einerseits durch eine nicht funktionierende Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen und andererseits durch Zynismus gekennzeichnet.

Unabhängig vom individuellen Bestrebungen werden dadurch sehenden Auges auch Konflikte produziert.

Denn natürlich sind Geflüchtete vorrangig in Wohnungen und nicht in (ehemaligen) Kasernen unterzubringen. Zugleich aber ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt ohnehin desolat. Wenn dann das Problem den Kommunen überlassen wird, sind die Folgen absehbar.

Zugleich aber reisen deutsche Minister durch die Welt, um „Fachkräfte“ anzuwerben und es herrscht die Auffassung, das sei gut für die Wirtschaft.

Da bleibt nur die Frage: Wer aber ist „die Wirtschaft“? Der Konzern, der – wie beispielsweise die Deutsche Bahn, „Fachkräfte“ importiert, um die Arbeitsverhältnisse nicht verbessern zu müssen? Oder der ausgepowerte Busfahrer, der auf diese Weise gezwungen werden soll, sich in sein mieses Schicksal zu fügen?

Und die vor Not und Krieg fliehenden Schutzsuchenden dagegen kosten. Sie sind allenfalls selektiv willkommen, wenn das politisch opportun erscheint. Sonst gibt es für sie Mauern, Zäune und den nassen Tod im Mittelmeer. So einfach ist das im Kapitalismus.

Der Import von Fachkräften ist allemal billiger als deren Entwicklung hierzulande. Er hilft, das Lohnniveau im Lande zu drücken und schwächt die Konkurrenzfähigkeit der Herkunftsländer – tatsächlich ein dreifacher Gewinn. Das Personal, dass

Hans Modrow
*27. Januar 1928 †10. Februar 2023

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.

Danke Hans!
Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree

in deutschen Krankenhäusern die Lücken schließt, steht in den wesentlich schlechter ausgestatteten Herkunftsländern zwar nicht mehr zur Verfügung, aber wen schert das schon?

Selbst wer sich für die ökonomische Seite von Flucht und Migration nicht interessiert, wird von ihren Wirkungen tatsächlich eingeholt.

Gerade hat sich die Europäische Union über Zäune und Abschiebungen geeinigt um jene, die aus Profitgründen nicht so umworben werden, abzuwehren. Ist es tatsächlich Zufall, dass das Hohelied der segensreichen Fachkräftemigration gleichzeitig in vielen Medien angestimmt wird?

Fluchtursachen bekämpfen heißt mindestens zweierlei:

- Für den Frieden eintreten, auch weil Flüchtlinge gegenwärtig vor allem Botschafter des Krieges sind.
- Und den ärmeren Ländern nicht ihre Fachkräfte wegkaufen, weil das eine moderne Form der Ausplünderung ist, die den Herkunftsländern die eigenen Anstrengungen für ein lebenswertes Leben erschwert.

In den Kommunen heißt das, den Problemen, die von dieser kapitalistischen Melange erzeugt werden entgegen zu treten – wohl wissend, wodurch sie erzeugt werden. Denn auch die gegenwärtige Praxis der zwei Klassen von Flüchtlingen – der einen, der aus politischen Gründen eine Vorzugsbehandlung Zuteil wird – und der anderen, die als Kostenfaktor abgeschoben werden soll, deren Flucht selbst aber letztendlich seine Ursache auch in der Ausplünderung ärmerer Länder hat, entspringt diesen Verhältnissen.

Das Wissen um diesen Zusammenhang allein wird diese Probleme nicht lösen, kann aber zu einem menschlichen Umgang mit denen beitragen, die am meisten darunter leiden müssen.

Dr. Artur Pech

Alles muss auf den Prüfstand

Auszüge aus Hans Modrows Brief vom 18. Januar 2022 an die damaligen Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler

Die Partei DIE LINKE – hervorgegangen aus WASG und PDS, und diese wiederum aus der SED, welche ihre organisatorischen Wurzeln in der KPD und der SPD hatte – befindet sich in einer kritischen Situation ... Wenn die Partei sich nicht im klaren ist, wofür sie steht und was ihr Zweck ist, wissen dies auch nicht die Wähler. Warum sollen sie ihre Stimme einer Partei geben, deren vordringlichstes Interesse darin zu bestehen scheint, mit SPD und Grünen eine Regierung bilden zu wollen? ...

Wir kennen jedoch die demokratischen Spielregeln. Wir haben uns auf sie eingelassen, wie wir eben auch die gesellschaftliche Realität zur Kenntnis nehmen müssen, ob uns diese nun gefällt oder nicht. Schon Bismarck wusste und handelte entsprechend:

„Wir müssen mit den Realitäten wirtschaften und nicht mit Fictionen.“ Zu den demokratischen Spielregeln gehört es, dass nach einer krachenden Niederlage alles auf den Prüfstand gestellt werden muss. Die kritische Selbstbefragung schließt Personalien zwingend mit ein. Denn wenn alle Verantwortlichen im Amt bleiben, bleibt auch sonst alles beim alten. Es genügt nicht, Kreide zu fressen und Besserung zu geloben. Aus einem mit politischem Mandat ausgestatteten Saulus ist bislang noch nie ein Paulus geworden. Das war eine biblische Legende ...

Deshalb denke ich, dass ein Neustart nicht ohne personelle Konsequenzen erfolgen kann. Der Parteitag im Sommer in Erfurt ist nach meiner Überzeugung dafür die letzte Chance, es wird keine weitere geben ...

Die SED ging zugrunde, weil die Führung selbstgefällig und arrogant, unbeirrt und unbeeindruckt ihren Kurs verfolgte und ignorierte, was die kritische Basis daran anstößig fand. Damit zerstörte diese Führung objektiv die Partei von oben. Das Ende ist bekannt.

Am Ende meiner Tage fürchte ich die Wiederholung. Die politischen Folgen des Scheiterns vor mehr als 30 Jahren können wir im Osten Deutschlands besichtigen. Die Folgen des Scheiterns der Linkspartei werden ganz Deutschland und die europäische Linke insgesamt treffen. Das eine wie das andere ist irreparabel. Dessen sollten wir uns bewusst sein! Wir tragen darum eine große Verantwortung – jede Genossin, jeder Genosse und die Partei als Ganzes.

Als Vorsitzender des Ältestenrates war ich mir immer dieser Verantwortung bewusst ...

Allerdings musste ich, mussten wir erleben, dass unsere Vorschläge und Empfehlungen ohne sichtbare Wirkung blieben, weshalb ich wiederholt auch öffentlich die Frage stellte, ob es dieses Gremiums überhaupt bedarf. Wir waren augenscheinlich überflüssig und lästig, was die Ignoranz deutlich zeigte ...

Ja, ich weiß, die Zusammensetzung der Partei hat sich geändert, viele junge Leute aus West wie Ost sind hinzugekommen. Sie kommen vornehmlich aus Städten und nicht vom Lande, haben andere Bedürfnisse und Interessen als wir damals, als wir in ihrem Alter waren. Um so wichtiger ist, dass wir ihnen bewusst machen, aus welcher traditionsreichen Bewegung ihre/unsere Partei kommt, was ihre Wurzeln sind und wofür Generationen gekämpft haben: nämlich nicht für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, sondern für dessen Überwindung.

Und den Charakter des Systems erkennt man nicht mit Hilfe des Ausschnittdienstes und der sogenannten sozialen Medien, sondern aus Theorie und Praxis und deren Verbindung. Ich scheue mich deshalb nicht, eine systematische politische Bildungsarbeit in der Partei zu fordern. Natürlich ist das kein Allheilmittel, aber nützlich, um die Welt zu erkennen und zu bestimmen, was die Aufgabe der Partei ist. Auch wenn deren Zustand im steten Wandel begriffen ist, ändert sich der Charakter der Klassengesellschaft nicht. Lautmalerei, Anglizismen und Gendern oder der Kampf gegen die Klimakatastrophe überwinden die sozialen Gegensätze in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht ...

Das vermeintliche Verschwinden des Industrieproletariats hat doch die Arbeiterklasse nicht ausgelöscht. Die Sozialforschung spricht inzwischen vom Dienstleistungsproletariat. Sie machen laut jüngsten Untersuchungen inzwischen bis zu 60 Prozent der Beschäftigten aus und sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Sie sind ebenso Arbeiterklasse wie die etwa 18 Prozent in Industriebetrieben Tätigen. Diese nahezu vier Fünftel der Gesellschaft kommen in der Wahrnehmung unserer Partei kaum vor. Es ist ja keine Klasse, keine Mehrheit, nur eine Randerscheinung ...

Nicht weniger gefährlich ist diese absurde Äquidistanz zur Außenwelt. Man kann nicht zu allen Bewegungen und Staaten den vermeintlich gleichen ideologischen Abstand halten. Wer in das gleiche Horn stößt wie die kapitalistischen Kritiker Russlands und Chinas, Kubas, Venezuelas usw., macht sich objektiv mit ihren erklärten wirtschaftlichen und politischen Gegnern gemein. Wollen wir ihnen im Kalten Krieg behilflich sein beim Anrichten eines Scherbenhaufens wie in den Staaten des arabischen Frühlings, in Afghanistan, in der Ukraine und in anderen Staaten, wo die Geheimdienste und die Militärmaschinerie des Westens wüteten? ...

Im Kampf um den Frieden darf es keine Neutralität geben. Der christlich-europäische Kulturkreis, aus dem wir ebenso kommen wie Karl Marx und der ganze Kapitalismus, kann nicht die Elle sein, mit der wir die Welt vermessen. Es gibt Kulturvölker, die uns Jahrtausende voraus sind. Und es gibt Prioritäten, die auch Willy Brandt setzte: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts ...

Meine Kraft ist aufgezehrt, ich kann nur auf die Enkel hoffen, die es besser ausfechten. Da schwingt Hoffnung mit. Und die stirbt bekanntlich zuletzt.

Der Kreistag am 1. März 2023

Warum braucht der Landkreis Oder-Spree einen Armutsbericht?

Nach den Angaben des statistischen Bundesamtes betrugen die durchschnittlichen monatlichen Lebenshaltungskosten pro Haushalt im Jahr 2021 2.632 €.

Der Verbraucherpreisindex – also die Inflationsrate – belief sich seit Mitte 2022 ständig auf mehr als 7 Prozent. Und als ich am 1. März auf dem Weg zur Sitzung des Kreistages war, kam aus dem Radio die aktuelle Monatsmeldung von 8,7 Prozent. Selbst bei dieser oberflächlichen Betrachtung hat folglich der Durchschnittshaushalt im Monat mehr als 180 € an Kaufkraft verloren.

Es ist aber noch schlimmer. *„Familien sowie Alleinlebende mit jeweils niedrigen Einkommen hatten im Februar mit je 9,9 Prozent die höchste Inflationsbelastung zu tragen, Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen mit 7,4 Prozent die mit Abstand niedrigste. Die soziale Schere bei der haushaltsspezifischen Belastung durch die Teuerung ist somit bei einem Abstand von 2,5 Prozentpunkten weiter weit geöffnet, trotz eines minimalen Rückgangs gegenüber Januar, als es 2,6 Prozentpunkte waren.“* (So jedenfalls in einer Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung.) Und weiter:

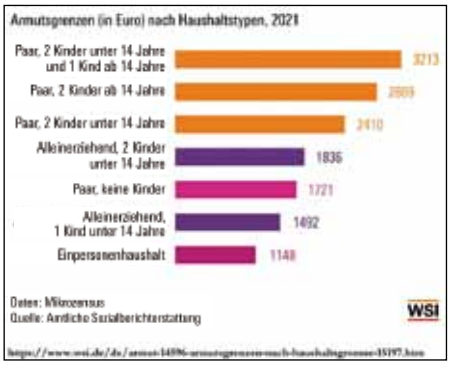
„Die stark gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Haushaltsenergie stellen insbesondere für einkommensschwächere Haushalte eine Belastung dar, weil dort der Anteil dieser Güter des Grundbedarfs an den Konsumausgaben überdurchschnittlich hoch ist.“ So machten diese beiden Komponenten bei ärmeren Alleinstehenden 7,1 Prozentpunkte von 9,9 Prozent haushaltsspezifischer Inflationsrate im Februar aus, bei Familien mit niedrigeren Einkommen summierten sie sich auf 6,6 Prozentpunkte. Bei Alleinlebenden mit hohen Einkommen trugen Nahrungsmittel und Haushaltsenergie hingegen lediglich 2,8 Prozentpunkte zur Inflationsrate von 7,4 Prozent bei.“

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Landkreises Oder-Spree gab es im Jahr 2019 im Landkreis rund 86.000 Haushalte. Davon hatten rund 50.000 Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen von unter 2.600 €. Und da schlägt dann ein monatlicher Kaufkraftverlust von 180 € schon sehr schmerzhaft zu Buche.

Statistisches Jahrbuch 2020 Landkreis Oder-Spree.

	ME	2019
Privathaushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen insgesamt	1000	86,2
unter 900 €		5,4
900 bis unter 1300 €		8,2
1300 bis unter 1500 €		5,8
1500 bis unter 2000 €		14,3
2000 bis unter 2600 €		15,9
2600 bis unter 3200 €		9,2
3200 € und mehr		27,4
mittleres monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Euro	2.350

Wie schlimm das zu Buche schlägt, macht eine Grafik des WSI der Hans-Böckler-Stiftung über die aktuellen Armutsgrenzen deutlich:



Und das alles hat sehr viel mit den Aufgaben des Landkreises zu tun. Der Landkreis ist zuständig für die Schuldnerberatung. Der Kreistag hat sich im vorigen Jahr mehrfach mit den Nöten der Tafeln befasst, die doch nur dazu beitragen können, die Wirkung der Armut im Landkreis zu mildern. Es geht um die insbesondere am Stadtrand zu Berlin immer unerschwinglicher werdenden Mietkosten und vieles andere mehr.

Und wenn der Kreistag künftig darüber sachkundiger entscheiden will, dann muss er wissen, wo es brennt. Deshalb ist es gut, dass der Kreistag am 1. März unseren Antrag zur Erarbeitung eines Armutsberichts beschlossen hat. Nicht gut ist es freilich, dass es in einem reichen Land solche Berichte geben muss. Und große Wachsamkeit ist angebracht, wenn es um die kommunalen Schlussfolgerungen aus diesem Bericht gehen wird.

Dr. Artur Pech

Das Dilemma der Beiträge zur Mittagessenversorgung im Land Brandenburg

Bereits im letzten Jahr kamen Eltern aus verschiedenen Regionen unseres Kreises auf uns zu und beklagten sich über die hohen Beiträge zur Mittagessenversorgung.

Im November-Kreistag 2022 wurde dem Antrag unserer Fraktion über ein Informationsbegehren zum Thema mit großer Mehrheit zugestimmt. Zur Sitzung des Kreistages am 1. März 2023 wurde durch die Verwaltung eine 7-seitige Antwort gegeben.

Die Ergebnisse waren erschreckend! Die aufgerufenen Beiträge lagen je nach Anbieter zwischen 3,80 € in Fürstenwalde und 4,89 € am Gymnasium Erkner. Aber auch für Fürstenwalde steht eine Erhöhung auf 4,05 € ab Sommer 2023 an. Leider lagen die aktuelle Zahlen der Essenteilnehmer wegen der Anbieterwechsel in 2022/23 nicht vollständig vor.

Nur ein Beispiel: Am Gymnasium in Erkner nahmen im Dezember 2022 nur 198 von 939 Schülern am Mittagstisch teil und das, obwohl die Einrichtung eine Ganztagsschule ist. Zu vermuten ist, dass ein beträchtlicher Teil der Essenteilnehmer aus den Klassenstufen 5 und 6, den sogenannten „Schnellläuferklassen“ kommt.

Bei näherer Befassung mit dem Thema wird einmal mehr die unzulängliche Brandenburgische Gesetzgebung im Schul- und Kita-Bereich sichtbar. Während für Schulkinder, die das Essen im Hort zu sich nehmen, das Kita-Gesetz gilt, trifft für alle anderen das Schulgesetz des Landes Brandenburg zu.

Nun muss man wissen, dass für die Höhe der Essengelder im Kita-Gesetz, wenn auch schwammig formuliert, die Ersparung der häuslichen Aufwendungen anzusetzen sind (ohne Personalaufwendungen). Das Schulgesetz setzt keine Grenzen und somit schlägt der volle Anbieterpreis durch. Die Beitragsunterschiede belaufen sich im Durchschnitt bei 50 Prozent.

Laut Information der Kreisverwaltung werden für die Sonderschulen Beiträge nach dem Schulgesetz, also volle Anbieterpreise aufgerufen. Das ist für die Beitragsgestaltung des Mittagessens für die Kinder, die im Hortalter (bis 12 Jahre), ob nun Gymnasium oder Sonderschulen, vollkommen unverständlich und auch ungerecht.

Hier versagt schon seit Jahren das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Ein Ministerium und zwei Gesetze, die nicht aufeinander abgestimmt sind.

Man kann hier aber auf kommunaler Ebene Abhilfe schaffen, in dem für die

Kinder bis 12 Jahre das Kitagesetz zur Beitragsberechnung angesetzt wird und die Differenz zum Anbieterpreis durch den Kreis übernommen wird. Das geht, wenn man nur will. Erkner hat es vorgemacht. Dort zahlen die Eltern, ob Grundschule (Schulgesetz) oder Hort (Kita-Gesetz) etwa den gleichen Preis.

Rita-Sybille Heinrich
Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

Baubeschluss für die Sanierung und Erweiterung Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde, Beschlussvorlage: 003/2023

Das ist und war eine Beschlussvorlage, die umfangreich diskutiert wurde, dem Willen der zuständigen Ausschüsse entsprach, auch wenn man bei der Kostensteigerung zwischen erster Idee und jetzigem Stand von 5 auf rund 13 Millionen Euro schwer ins Grübeln kommt. Trotzdem gab es Streit und Schuld war eigentlich die Verwaltung. Denn die hatte sehr unsauber eine Vorlage mit Sachdarstellung vorgelegt, auch bunte Bilder an die Wand geworfen, die Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach zeigten und im Text der Verwaltung stand wirklich

„2.6 Dachform
Die Bestandsdächer sind als Flachdach ausgebildet. Diese werden überarbeitet und mit PV-Modulen belegt“.

und sogar bei der Begründung der Kostenentwicklung (Punkt 6.2 der Sachdarstellung) hieß es

„Die Grobkostenschätzung vom Juni 2021 bildete zum Stand Grundsatzbeschluss keine technischen Ausstattungen, wie beispielsweise Lüftungsanlagen und PV-Anlagen, ab. Diese Anlagen wurden mit Fortführung der Planung im Rahmen der Überarbeitung von Leistungsphase 2 als notwendig identifiziert und entsprechend kostenseitig bewertet“.

Natürlich denkt man zunächst, ja fein, die Verwaltung hat an alles gedacht. Nur bei den vielen bunten Folien fiel dem LINKEN-Abgeordneten Stiller ein kleingedrucktes „optional“ auf. Und auf seine konkrete Frage im Bildungsausschuss, ob das etwa heißt, die PV-Anlage ist doch nicht vorgesehen, antworte das Planungsbüro: Ja, es ist nicht im Projekt drin.

Das ist, es geht um eine Fertigstellung der Sanierung und Erweiterung nach jetzigem Zeitplan im Sommer 2025, gegen alle Ideen des Klimaschutzkonzeptes.

Deshalb beantragte DIE LINKE als Zusatz für den Beschluss:

„Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, im zeitlichen Zusammenhang mit der grundhaften Erneuerung der Juri-Gagarin-Oberschule auf dem Dach eine Photovoltaik-Anlage errichten zu lassen“.

Der zuständige Beigeordnete und Dezernent Sascha Gehm (CDU) erzählte dann im Kreisausschuss plötzlich, er wolle erst die Verbrauchsdaten nach Umbau studieren, um die PV-Anlage zu planen. Keine Entschuldigung für die Fehler in der Vorlage. War es vielleicht eine bewusste Täuschung?

Landrat Lindemann formulierte sogar eine „Protokollnotiz“ mit folgendem Text: *„Die Verwaltung erklärt, dass sie sich den Antrag (A.P.: der LINKEN) insoweit zu eigen macht, als dass mit dem Baubeschluss alle technischen Voraussetzungen für eine spätere Installation einer Photovoltaikanlage vorgesehen werden.*

Nach Nutzungsaufnahme und Vorliegen der tatsächlichen Verbrauchsdaten wird die Verwaltung dem Kreistag einen Vorschlag für eine mögliche Anlagenkonfiguration und Finanzierung vorlegen“.

Das ist alles so peinlich, was die Verwaltung hier abliefert. Auch die GRÜNEN im Kreistag äußerten ihr Unverständnis. Einige Stimmen wurden laut: Jetzt wisse man, wer bei der Landratswahl nicht wählbar ist.

Dr. Bernd Stiller
stellvertr. Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

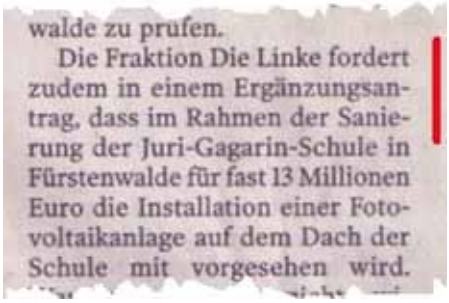
Anfrage der LINKEN vom 6. Februar 2023 zur Umsetzung des im Frühjahr 2022 beschlossenen integrierten Klimaschutzkonzeptes

Die *Märkische Oderzeitung* vom 1. März berichtete im Vorfeld des Kreistages:

Klimaschutz steht im Mittelpunkt

Kreistag Die Abgeordneten fordern von der Verwaltung einen stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien.

Beeskow. Klimaschutz durch einen stärkeren Einsatz erneuerbaren Energien. Dazu wollen offenbar immer mehr Abgeordnete den Landkreis drängen, wie ein Blick in die Tagesordnung des Kreistages zeigt, d



walde zu prüfen.
Die Fraktion Die Linke fordert zudem in einem Ergänzungsantrag, dass im Rahmen der Sanierung der Juri-Gagarin-Schule in Fürstenwalde für fast 13 Millionen Euro die Installation einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Schule mit vorgesehen wird.

Was wurde am 8. Juni des Vorjahres beschlossen? Hier der Beschlusstext: *„Der Kreistag beschließt die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes gemäß Anlagen und den Aufbau eines Klimaschutz-Controllings. Der Landkreis beabsichtigt, die enthaltenen Maßnahmen laut Anlage weiterzuverfolgen, umzusetzen und deren Fortschritt zu prüfen“.*

So weit so gut und auch damals von den LINKEN unterstützt. Das Klimaschutzkonzept hat im Übrigen 145 Seiten und eine umfangreiche Liste von Teilprojekten und Aufgaben. Dass das alles nicht in einem Jahr klappt, ist völlig logisch, auch gerade deshalb sollte die Einrichtung eines Controllings ja zeigen, wie der Landkreis von Jahr zu Jahr vorankommt.

Aber nach dem Sommer 2022 passierte nichts Hörbares. Auch dass beide Klimaschutzmanagerinnen, die das Konzept erarbeiten halfen und dabei auch engen Kontakt zu Kreistagsfraktionen hielten, die Landkreisverwaltung zwischenzeitlich verlassen hatten, erfuhr der Kreistag nicht. Da war es naheliegend, den Landrat zu fragen, was der Stand der Dinge ist:

- Welche Regelungen wurden in der Verwaltung Dezernats- und Ämterübergreifend zur Umsetzung des Konzeptes getroffen?
- Wie wird bei konkreten Vorhaben (z.B. Bauvorhaben) die Berücksichtigung des Klimaschutzkonzeptes durch die betroffenen Ämter gesichert?

Die schriftliche Antwort war ernüchternd. Die ersten Sätze (Gesamttext kann gern zur Verfügung gestellt werden) lauteten:

„Konkrete verwaltungsinterne Regelungen zur Umsetzung der im Klimaschutzkonzept beschriebenen Schwerpunkte und Maßnahmen wurden (noch) nicht getroffen. Dennoch fand bisher ein sehr konstruktiver und fruchtbarer Austausch mit dem Amt für Infrastruktur und Gebäudemanagement statt, der zur Abstimmung und Beantragung erster Maßnahmen führte. Diese sind der baulichen Umsetzung in den Liegenschaften des Landkreises vorgelagert“.

In den bei Anfragebeantwortungen zulässigen Nachfragen stellte LINKE-Fraktionsmitglied Dr. Bernd Stiller folgende Fragen:

1. Stimmen sie mit mir überein, dass der beschriebene Status nicht sehr erfreulich ist?
2. Kann es daran liegen, dass der Landrat nicht viel von der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes hält? Ich verweise auf eine Aussage im Kreisausschuss, die auch protokolliert ist:
   Landrat: *„Man könne nicht pauschal auf das Klimaschutzkonzept verweisen, da alles unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stehe“*
3. Auf der Webseite des Landkreises steht, *„der Arbeitsprozess wurde von einem ‚Lenkungskreis Klimaschutz‘, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Kreisverwaltung, der Fraktionen des Kreistages, der Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft begleitet. Dessen Verstetigung soll in Ergänzung zum Controlling-Konzept die Umsetzung der benannten Maßnahmen langfristig absichern und begleiten“.* Dazu sollte im Jahr 2022 ein **Klimabeirat** gegründet werden (Punkt K6 Klimaschutzkonzept), wann geht es endlich los?

Die Antwort zu 1 vom Landrat: Ja, das ist unerfreulich. Aber dann platzte es zur Frage 3 aus ihm heraus: Fragen Sie doch Ihre Dezernentin (gemeint war offensichtlich Frau Gundula Teltewskaja, die von den LINKEN für die Aufgabe Leitung „Dezernat IV – Ländliche Entwicklung“ vor einigen Jahren vorgeschlagen worden war und derzeit krankheitsbedingt ausfällt) und stellte fest: Für diese Aufgaben habe ich meine Dezernenten, ich muss mich nicht drum kümmern.

Eine Ansicht eines Verwaltungsleiters, die sehr irritiert. Schließlich liegt die Verantwortung für ressortübergreifende Lösungen beim Hauptverwaltungsbeamten und nicht bei einem für den Baubereich nicht zuständigen Dezernat.

Dr. Bernd Stiller
Faksimile: Dr. Bernd Stiller

TOP 7: Beratung und Beschlussfassung: Möglichkeit der Lehramtsausbildung für die Primarstufe in Frankfurt (Oder) prüfen, Antrag 1/DIE LINKE/2023

Es ist nicht der Normalfall und hat uns selbst überrascht, aber die *Märkische Oderzeitung* hat bereits im Vorfeld (23. Februar und 1. März) der Kreistagssitzung zwei unserer Anträge aufgegriffen und dabei auch sehr objektiv und ohne die sonst übliche hinterfragende Bewertung agiert. Vielleicht liegt es auch daran, dass das Thema Lehrermangel seit Wochen nicht nur Eltern bewegt und sich politisch in Potsdam nichts bewegt, nur die Zahl der fehlenden Lehrkräfte schießt seit Wochen nach oben. Der Antrag der LINKEN-Fraktion zur Unterstützung der Forderung mehrerer Kreiselternräte, auch in Frankfurt (Oder) eine Grundschullehrerausbildung einzurichten, wurde vom Kreistag mit großer Mehrheit bestätigt

Der Antrag ist abgebildet und eindeutig. Und es gab im Kreistag keine Gegenargumente. Ob sich damit in Potsdam etwas bewegen lässt, bleibt abzuwarten. Aber steter Tropfen ...

Zur Vorgeschichte

Unser sachkundiger Einwohner Harald Schwäger aus Müllrose hatte das Thema angeregt, es wurde im Bildungsausschuss vorgetragen und stieß dort nicht auf Ablehnung, selbst die Vertreterin des Staatlichen Schulamtes fand den Gedanken interessant, meinte zugleich sinngemäß, dass da die Landesregierung wohl kaum drauf eingehen wird. Unsere Schlussfolgerung: dann müssen wir uns als Landkreis bemerkbar machen.

Zwischenzeitlich – also zwischen Antragseinreichung und Kreistagssitzung – gab es weitere Vorgänge, die die Antragsidee noch deutlicher unterstützen. So

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Oder-Spree

06.02.2023

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 01.03.2023

Möglichkeit der Lehramtsausbildung für die Primarstufe in Frankfurt (Oder) prüfen

Der Kreistag möge beschließen:
Der Landrat wird beauftragt, den beiden für Bildung bzw. Wissenschaft zuständigen Landesministerien mitzuteilen, dass der Kreistag Oder-Spree die gemeinsame Erklärung der Kreiselternräte von Cottbus, Elbe-Elster, Spree-Neiße, Frankfurt (Oder) und Oberspreewald-Lausitz unterstützt, in Frankfurt (Oder) eine universitäre Lehramtsausbildung aufzubauen.

Begründung:

Die Märkische Oderzeitung hat über die Initiative der Kreiselternräte am 29.12.2022 berichtet. Der Kreistagsausschuss für Bildung, Kultur und Sport erfuhr in seiner Sitzung am 17. Januar 2023, dass auch in unserer Region der Lehrkräftemangel sehr akut ist bzw. sich sogar weiter verschärft.
Die Landesregierung plant ab Wintersemester 2023/24 am BTU-Standort Senftenberg eine Grundschullehrerausbildung. Das ist gut für die Lausitz und gut für den BTU-Standort Senftenberg. Das ist aber keine Lösung für Oder-Spree, die Bahnverbindung nach Senftenberg mit 2 ½ Stunden von Fürstenwalde oder mehr als 3 Stunden von Beeskow aus ist zeitlich länger als nach Potsdam.
Zudem sollte gerade für die Primarstufe anstelle eines Lehramtsstudiums mit einer reinen Fachausbildung in den ersten drei Jahren, fast ohne jeden Kontakt zu einer Schule und zu Unterricht, über ein „duales Studium“ mit Pädagogik, Unterrichtsteilnahme und -erteilung vom Anfang des Studiums an nachgedacht werden, das wiederum nur möglich und realisierbar unter der Voraussetzung von mehreren und vor allem dezentralen Ausbildungs-Standorten für möglichst kurze Wege zwischen Studienort und der gewählten Schule ist. Dies gilt auch für die begleitende pädagogische Weiterbildung der „Seiteneinsteiger“.
Wohlwissend, dass die Grundschullehrerausbildung in der DDR nicht universitär war und nach Abschluss der 10. Klasse beginnen konnte, sollte doch in Erinnerung bleiben, dass das Netz der Ausbildungsstätten engmaschig war, in den 1980er Jahren gab es in der DDR für die Ausbildung in pädagogischen Berufen, z. B. Erzieher und Unterstufenlehrer, 17 Pädagogische Schulen und 30 Institute für Lehrerbildung, in unserer Region das Institut für Lehrerbildung „T. S. Marinenko“ in Neuzelle, das 1985 nach Frankfurt (Oder) umzog und 1990 geschlossen wurde..

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

stieg die Zahl fehlender Lehrkräfte (bezogen auf alle Klassenstufen) von 1.400 auf inzwischen 2.300. Das Brandenburgische Bildungsministerium entwickelt finstere Ideen (länger arbeiten pro Woche, Schulstunden ohne Lehrkräfte in Schülerselbstverwaltung, Rentner zurückholen, größere Klassen, Kürzung der Stundentafel).

Thüringen will einen anderen Weg gehen, nachdem bereits viele Zeitungen – so auch *Die Süddeutsche* – Anfang Februar recht wohlwollend die Absichten einer diesbezüglichen Kabinettsvorlage wiedergaben, wurde am 9. Februar berichtet: *„Das Kabinett hat die Pläne von Bildungsminister Helmut Holter gebilligt, die Studienseminare und damit die Ausbildung der Thüringer Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter neu zu strukturieren. Die Pläne sehen die Schaffung eines zentralen Studienseminars in Erfurt vor mit insgesamt fünf Regionalstellen in Nordhausen, Eisenach, Meiningen, Erfurt und Gera.*

Bisher gibt es in Thüringen zwei Studienseminare in Erfurt und Gera und insgesamt über ein Dutzend Untergliederungen. Mit der Reform der Struktur soll die Bindung von angehenden Lehrkräften zu den Thüringer Regionen gestärkt, die regionalen Ausbildungsmöglichkeiten verbessert und damit ein Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums geleistet werden. Durch die klarere Struktur ist auch ein effizienterer und regional ausgewogene Personalversorgung in den Ausbildungsstrukturen für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter möglich. Zudem können Ausbildungsschulen in den größeren Städten entlastet werden. Auch Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger profitieren von der neuen Regionalstruktur des künftigen Studienseminars.“ (Quelle: https://www.landesregierung-thueringen.de/medien/medieninformationen/detailseite/16-2023)

Warum bewegt sich nichts in Brandenburg? Dazu braucht es offenbar noch mehr Druck aus den Regionen – wie unseren vom Kreistag beschlossenen Antrag.

Dr. Bernd Stiller

Manifest für Frieden

Petition von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht auf *www.change.org/p/manifest-für-frieden*
(gestartet am 10. Februar 2023 – am 20. März 2023, 17.38 Uhr 760.612 Unterschriften)

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht

Die 69 Erstunterzeichnerinnen

Dr. Franz Alt Journalist und **Bigi Alt** • **Christian Baron** Schriftsteller • **Franziska Becker** Cartoonistin • **Dr. Thilo Bode** Foodwatch-Gründer • **Prof. Dr. Peter Brandt** Historiker • **Rainer Braun** Internationales Friedensbüro (IPB) • **Andrea Breth** Regisseurin • **Dr. Ulrich Brinkmann** Soziologe • **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** Armutsforscher • **Dr. Angelika Claußen** IPPNW Vize-Präsidentin Europa • **Daniela Dahn** Publizistin • **Rudolf Dressler** Ex-Staatssekretär (SPD) • **Anna Dünnebier** Autorin • **Eugen Drewermann** Theologe • **Petra Erler** Geschäftsführerin (SPD) • **Valie Export** Künstlerin • **Bettina Flitner** Fotografin und Autorin • **Justus Frantz** Dirigent und Pianist • **Holger Friedrich** Verleger Berliner Zeitung • **Katharina Fritsch** Künstlerin • **Prof. Dr. Hajo Funke** Politikwissenschaftler • **Dr. Peter Gauweiler** Rechtsanwalt (CSU) • **Jürgen Grässlin** Dt. Friedensgesellschaft • **Wolfgang Grupp** Unternehmer • **Prof. Dr. Ulrike Guérot** Politikwissenschaftlerin • **Gottfried Helnwein** Künstler • **Hannelore Hippe** Schriftstellerin • **Henry Hübchen** Schauspieler • **Wolfgang Hummel** Jurist • **Otto Jäckel** Vorstand IALANA • **Dr. Dirk Jörke** Politikwissenschaftler • **Dr. Margot Käßmann** Theologin • **Corinna Kirchhoff** Schauspielerin • **Uwe Kockisch** Schauspieler • **Prof. Dr. Matthias Kreck** Mathematiker • **Oskar Lafontaine** Ex-Ministerpräsident • **Markus Lüpertz** Künstler • **Detlef Malchow** Kaufmann • **Gisela Marx** Journalistin • **Prof. Dr. Rainer Mausfeld** Psychologe • **Roland May** Regisseur • **Maria Mesrian** Theologin • **Reinhard Mey** Musiker und Hella Mey • **Prof. Dr. Klaus Moegling** Politikwissenschaftler • **Michael Müller** Vorsitzender NaturFreunde • **Franz Nadler** Connection e. V. • **Dr. Christof Ostheimer** ver.di-Gewerkschafter • **Dr. Tanja Paulitz** Soziologin • **Romani Rose** Vors. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma • Eugen Ruge Schriftsteller • **Helke Sander** Filmemacherin • **Michael von der Schulenburg** UN-Diplomat a.D. • **Hanna Schygulla** Schauspielerin • **Martin Sonneborn** Journalist (Die Partei) • **Jutta Speidel** Schauspielerin • **Dr. Hans-C. von Sponeck** Beigeordneter UN-Generalsekretär a.D. • **Prof. Dr. Wolfgang Streeck** Soziologe und Politikwissenschaftler • **Katharina Thalbach** Schauspielerin • **Dr. Jürgen Todenhöfer** Politiker • **Prof. Gerhard Trabert** Sozialmediziner • **Bernhard Trautvetter** Friedensratschlag • **Dr. Erich Vad** Brigadegeneral a.D. • **Günter Verheugen** Ex-Vizepräsident EU-Kommission • **Dr. Antje Vollmer** Theologin (Die Grünen) • **Peter Weibel** Kunst- und Medientheoretiker • **Nathalie Weidenfeld** Schriftstellerin • **Hans-Eckardt Wenzel** Liedermacher • **Dr. Theodor Ziegler** Religionspädagoge